



Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse:
<https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Dritte-Kraft-Vor-und-im-Landtag-Kritik-an-Kita-Stufenplan,kita1336.html>

Dritte Kita-Kraft: Vor und im Landtag Kritik an Stufenplan

Stand: 09.06.2021 15:10 Uhr

60 Erzieherinnen und Erzieher haben am Mittwoch vor dem Niedersächsischen Landtag gegen die Kita-Politik des Landes protestiert. Sie fordern einen schnelleren Personalausbau als jüngst beschlossen.

Die Gewerkschaft ver.di hatte zu der Kundgebung aufgerufen. Das neue Kita-Gesetz, das die Regierungsparteien SPD und CDU in der vergangenen Woche beschlossen hatten, sei "ein zaghafter Schritt, aber längst nicht ausreichend", sagte ver.di-Gewerkschaftssekretärin Katja Winglewski. Die sogenannte dritte Kraft erst in sechs Jahren verbindlich einzuführen, helfe weder Kindern noch Erzieherinnen. Diese arbeiteten bereits jetzt an ihrer Belastungsgrenze. "Auch für unsere weiteren Forderungen nach mehr Zeit für pädagogische Arbeit, Fachberatung und Leitungsarbeit finden sich weiterhin keine Verbesserungen im Gesetzesentwurf", sagte Winglewski.

Kritik: Stufenplan "führt ins Nirgendwo"

Das Kita-Gesetz war heute auch im Landtag ein intensiv diskutiertes Thema. Björn Försterling (FPD) warf der Landesregierung ein Versagen bei der frühkindlichen Bildung vor. Der bildungspolitische Sprecher prognostizierte, dass sich von den rund 17.000 jungen Menschen in pädagogischen Ausbildungsgängen viele andere Jobs suchen werden. "Viele von ihnen werden diesen Beruf nicht ergreifen, weil die Qualität, die die GroKo ihnen versprochen hat, nicht kommt", so Försterling. Volker Bajus von den Grünen bezeichnete die Kita-Pläne des Landes als "Mogelpackung". "Ein Stufenplan, der angeblich fünf Stufen enthalten soll, aber nach der zweiten aufhört, der führt nicht zum Ziel, sondern ins Nirgendwo", sagte Bajus.

Kultusminister Tonne setzt auf Ausbildung von Fachkräften

Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) verteidigte den Beschluss von SPD und CDU. Man könne nur dann mehr Personal einstellen, wenn man genügend Fachkräfte ausbilde. Darauf sei das neue Gesetz ausgerichtet und bringe "das Wünschenswerte mit dem Machbaren zusammen". Nach jahrzehntelangen Debatten werde endlich gehandelt. Mareike Wulf, stellvertretende CDU-Vorsitzende im Landtag, hob hervor, dass die Landesregierung die dualisierte Ausbildung einführe und diese ab 2023 flächendeckend bezahlt werde. Das Land benötige "eine Fachkräfte-Offensive".

2.000 zusätzliche Ausbildungsstellen ab 2023

Der von SPD und CDU geschaffene Gesetzes-Entwurf sieht einen Stufenplan vor, um schrittweise mehr Kita-Personal einzustellen. Ab August 2023 sollen mindestens 2.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die Auszubildenden sollen pro Woche 15 Stunden in den Kindertagesstätten arbeiten. Ab 2027 sollen Kita-Gruppen, in denen Kinder ganztags betreut werden, eine dritte Kraft mit 20 Wochenstunden bekommen.



Landesregierung beschließt dritte Kraft für Kitagruppen

Kita-Gesetz: Verbände protestieren vor Anhörung im Landtag